

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, liebe Kommunalpolitiker\_innen!**

Warum ein PLAN B?

Das war die Ausgangsfrage, die ihr mir gestellt hattet.

Um sie zu beantworten, werde ich zu Beginn auf die Entstehung des Plan B Projektes eingehen und im zweiten Teil Euch  
die wichtigsten Leitlinien des Projektes,  
die bisherigen Debatten und erste Richtungen ihrer  
Weiterentwicklung vorstellen.

Das Diskussionspapier Plan B - Das rote Projekt für einen sozial-  
ökologischen Umbau – hat ein 18köpfiges Team aus  
Bundestagsabgeordneten und Fachreferentinnen und –Referenten in  
einem Jahr erarbeitet.

Im Juni, in der Woche des Klimagipfels in Rio, wurde es veröffentlicht und  
von Beginn an auf einer Onlineplattform zur Diskussion gestellt.

In Rio stand die sogenannte Green Economy auf dem Programm. Die  
Konferenzergebnisse zeigten ein weiteres Mal, dass ökologischen und  
sozialen Herausforderungen weltweit auf eine zahnlose Politik der  
Regierenden treffen.

Immer dann, wenn die Lösungsansätze nicht marktkonform sind und mehr  
Demokratie einfordern, kommt es zu keinerlei verbindlichen  
Vereinbarungen.

Einer der Ausgangspunkte für einen Plan B war diese immer  
wiederkehrende Erfahrung:

Die ökologische Frage ist keine Frage

- der besseren technischen Innovationen,

- keine Frage der Vermarktung grünerer Lösungen.

Ihre Lösungen sind von Beginn an mit der Lösung der sozialen Fragen verknüpft.

Die ökologischen Herausforderungen verlangen zugleich mehr Demokratie, mehr politischer Einmischung und Teilhabe.

Im Auftakt des Plan B haben wir formuliert:

***„Jeder Mensch hat ein universell  
gleiches Recht auf einen Anteil an dem,  
was die Erde bietet,  
und eine universell geltende Pflicht,  
die Lebensgrundlagen zu schützen.“***

Die diesjährigen Ergebnisse des Weltklimagipfels haben viele enttäuscht. Auch deshalb setzen die notwendigen politischen Veränderungen auf mehreren Ebenen an:

neben der internationalen, sind die regionalen und lokalen politischen Auseinandersetzungen und Veränderungen entscheidend.

Wir haben im Plan B angemahnt, dass die reichen Industrieländer eine besondere Verantwortung für überzeugende Lösungen haben.

Sie müssen auch Motor der internationalen Prozesse müssen.

Das mag aus der Perspektive von Gemeinden und Kommunen wie eine Diskussion über das entfernte Ende des Universums klingen.

Doch jede Privatisierungsrichtlinie der europäischen Kommission, ob sie das städtische Wasser oder den Nahverkehr, das Gesundheitswesen oder die Sparkassen betrifft, ist seit Jahren ein erneutes Kampffeld, in das auch jede Kommune verwickelt ist.

Wir müssen unseren Plan B auf allen Ebenen im Blick haben, sonst sind wir lokal ausschließlich zu Abwehrkämpfen und Standortkämpfen verurteilt.

Dabei besteht die Gefahr, dass wir nicht bemerken, wie wir auf Kosten anderer und auf Kosten der Umwelt leben.

Es geht im Plan B daher um nicht mehr und nicht weniger als um eine neue Lebensweise.

Es geht, darum ökologische Herausforderungen genauso ernst zu nehmen

- wie die Bekämpfung wachsender Armut und
- die nötige Teilhabe der Menschen bei der Gestaltung ihres Lebens und ihrer Zukunft.

Den Kern des Umbaus und die großen Verfechterinnen und Verfechter des noch immer herrschenden Plan A traf der Ökonom und Friedensaktivist Kenneth Boulding mit einiger Selbstironie, indem er sagte:

***„Jeder, der glaubt, exponentielles Wachstum kann unendlich lange andauern in einer endlichen Welt ist entweder ein Verrückter oder ein Ökonom.“***

Nun führen Menschen im Alltag seltener eine Wachstumsdebatte. Obwohl bei allen Veranstaltungen zu Plan B meist sehr schnell über unser Verhältnis zur Natur und das eigene Konsumverhalten durchaus selbstkritisch reflektiert wurde.

Die Fragen, die zu einem Interesse an unserem Plan B führen, sind also gar nicht so weit entfernt von Wachstumsdebatten, doch sie klingen wesentlich irdischer.

- **Kann ich meine Stromrechnung morgen noch bezahlen?**
- **Weshalb sind gesunde Lebensmittel teuer?**
- **Können Kommunen mit LED-Beleuchtung, Photovoltaik- oder Biogasanlagen die Gemeindekassen füllen?**
- **Will ich wirklich ein Windrad vor dem eigenen Garten stehen haben?**
- **Wie komme ich auf dem Land von A nach B?**

Cornelia Möhring – Warum brauchen wir einen Plan B?  
Konferenz „Für links im Amt“, 3. November 2012

Diese und ähnliche Fragen haben uns Abgeordneten, die TeilnehmerInnen an den Veranstaltungen landauf, landab gestellt, als wir mit dem PLAN B der Fraktion auf Tour waren.

Und das sind Fragen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Kommunalpolitikerinnen auch gut kennen.

Deshalb freue ich mich, dass wir heute hier zum Plan B – dem Fraktionsprojekt - so konzentriert und detailliert ins Gespräch kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich denke, es ist schon deutlich geworden und manche haben es auch vor der Plan B Konferenz am letzten Wochenende wahrgenommen:

Der Plan B ist kein Masterplan, kein Antwortkatalog, der da seiner Umsetzung in den Niederungen der Praxis harret. Er ist ein Diskussionsprojekt – und zwar von Beginn an.

Der Denkanstoß (das 50ige Papier) ist allerdings alles andere als eine Kopfgeburt.

Denn im Plan B stecken viele politische Anregungen von Aktiven aus Vereinen und Verbänden. Im Denkanstoß sind politische Kämpfe verarbeitet, die erst so richtig vor ungefähr zehn Jahren begannen – und auch und besonders in Kommunen ausgetragen wurden.

Ich möchte da an ein Beispiel erinnern, dass jetzt ein Jahrzehnt zurückliegt. Es geht um die Kampagne gegen das Cross-Border-Leasing-Geschäft mit der Frankfurter U-Bahn. Die Kampagne, die damals die PDS, mit Attack, der GEW und vielen Verkehrs- und Umweltinitiativen zum Erfolg gebracht hatte, wurde damals ausdrücklich als Modell für gelungene Bündnisarbeit in der Kommunalpolitik hervorgehoben.

Cornelia Möhring – Warum brauchen wir einen Plan B?  
Konferenz „Für links im Amt“, 3. November 2012

Als eine Kampagne für einen sozial-ökologischen Umbau – für einen öffentlichen Nahverkehr, der der demokratischen Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger nicht entzogen wurde, der ökologisch und preiswert und an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientiert ist, wurde es damals nur am Rande gesehen.

Ich möchte mit diesem Hinweis auf das Erfahrungswissen verweisen, dass im Denkanstoß Plan B versammelt ist – und natürlich auf folgenden Fakt:

Eine der wesentlichen Durchsetzungsperspektiven der Ideen und Visionen, die im Plan B versammelt sind, sind in den Kommunen zu finden.

Das erste - der vier Leitprojekte im Plan B Projekt betrifft die Energiewende.

Auf unserer Online-Plattform hatten wir zu diesem Thema unser PV-Mitglied und Bürgermeister aus Hildburghausen, Steffen Harzer, interviewt und ihn gefragt:

***„Du hast Dir nicht weniger vorgenommen, als in Thüringen mit der Energiewende ernst zu machen. Du willst nicht weniger als die Energieversorger in die kommunale Verantwortung zurückholen. Klingt irgendwie wie David gegen Goliath oder hast Du Verbündete?“***

Und Steffen hatte mitten in unsere begonnene Debatte damals im August – es folgt ein etwas längeres Zitat - folgendes geantwortet:

***„Kommunalpolitik ist die Basis für alles. Hier erreichen Politikerinnen Politiker die Menschen direkt. Daher muss es unsere Aufgabe sein, sich vor Ort um die Sorgen der Menschen, um die Lösung alltäglicher Konflikte zu kümmern. So entscheidend die „große“ Politik ist, im Landtag und im Bundestag werden letztendlich abstrakte Gesetzeskonstrukte beschlossen. Die Umsetzung und die Auswirkungen merken die Menschen dann aber vor Ort. Da kündigt die Bundesregierung nach Fukushima ganz***

***groß die Energiewende an. Sie wird wie ein riesiges Banner durch die Welt getragen wird.***

- ***Doch wo muss die Energiewende umgesetzt werden?***
- ***Wen nehme ich auf diesem Weg mit?***
- ***Wer setzt sie schließlich um?***

**Diese Fragen bleiben unbeantwortet. Hier endet das Verständnis der „großen“ Politik. Genau da beginnt die Arbeit für Landräte und Bürgermeisterinnen. Vor Ort wird die Politik konkret. Die Energiewende muss in den Kommunen beginnen, muss die Menschen mitnehmen, letztlich von ihnen gestaltet werden, ob mit Bürgerkraftwerken, mit Energiegenossenschaften, mit der Unterstützung bei der Installation von Photovoltaik-, Biogas-, Wasserkraft- oder Windkraftanlagen. Wir – die politisch Verantwortlichen – brauchen die Bürgerinnen und Bürger als Partnerinnen und Partner, als Verbraucherinnen und Energiesparer, als Energieerzeuger und Mitentscheiderinnen über die Netzausbauten von morgen.“ (Zitat Ende)**

Liebe Anwesende,

mit diesen doch sehr authentischen Antworten eines linken Bürgermeisters, wird eines deutlich:

Wir werden erst dann etwas bewegen, wenn Menschen von politischen Vorschlägen begeistert sind, wenn sie bei den Veränderungen dabei sind und ihre Richtung mitbestimmen. Mit dieser Weisheit, mit der sich auch noch heute manch Linke schwertun, renne ich natürlich bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern offene Türen ein.

Das Team von Plan B hat sich von folgender Maxime leiten lassen:

Cornelia Möhring – Warum brauchen wir einen Plan B?  
Konferenz „Für links im Amt“, 3. November 2012

Akzeptanz für einen nachhaltigen, also auch behutsamen und ressourcenschonenden Umgang mit uns und der Natur, entwickeln wir nur in einem breiten gesellschaftlichen Dialog.

Das vorgelegte Debattenpapier enthielt daher auch strittige und offene Fragen. Mit der Online-Präsenz im Blogformat, wo nach Herzenslust kommentiert werden konnte, sind wir als Bundestagsfraktion neue Wege gegangen. Und auch bei der Vorbereitung der Konferenz haben wir einen Teil der Themensetzung für Workshops über ein Voting erfragt.

Die Debatten vor Ort und im Netz zeigten, es geht auch um das Wie eines PLAN B. Es geht um Praktikables und Umsetzbares, aber immer auch um Visionäres, ja beinahe Verrücktes. Ohne Akzeptanz und Beteiligung kommen wir politisch da keinen Schritt weiter...

Deshalb haben wir unseren PLAN B von Beginn an als einen großen Dialog zwischen Fachpolitik und Interessierten in – und außerhalb unserer Partei aufgebaut.

Natürlich haben wir – einschließlich unserer Konferenz am vergangenen Wochenende zuerst einmal Multiplikatorinnen und auch manch Experten angesprochen.

Doch in unserer Sommertour habe ich auch eine andere Erfahrung machen können. Sie steht für eine neue Art und Weise, wie wir unsere politischen Vorschläge in der Gesellschaft erfolgreicher verankern können. Und, bei unseren Veranstaltungen war immer ein sehr breites Teilnehmenden Spektrum dabei und mehrheitlich Nicht (in der LINKE) -Organisierte.

Als ich den Plan B bei einer Veranstaltung Ende August in Berlin Pankow bei der Parteibasis vorstellte, da sagte ein Genosse:

„Endlich habt ihr da mal etwas vorgelegt, wo es Spaß macht, in konkrete Debatte zu gehen – vom Energiepreis, über das Straßenbahnnetz, von Lebensmitteln aus dem Umland bis zum Benzinpreis... Es gibt keine fertigen

Antworten und unsere Meinung ist gefragt. Das ist eine praktische Zuspitzung des Parteiprogramms und ich würde mich damit auch an den Infotisch stellen..“

Was für Euren Geschmack vielleicht bisher im Plan B nicht konkret genug ist - gerade weil ihr viele politische Erfahrungen habt - wird in der Partei mit wachsendem Interesse angenommen. Und ich finde das gut.

Denn ein Projekt, was von den eigenen Mitgliedern nicht getragen wird, das können wir weder im Wahlkampf anbieten, noch in der praktischen Politik ernsthaft weiterentwickeln.

Eurem Programm, was ihr Euch für heute vorgenommen habt, konnte ich entnehmen, dass ihr Euch von den vier Leitprojekten, die im Plan B als Science Fiction entwickelt wurden, habt anregen lassen.

Insofern gehe ich davon aus, dass ihr die vier Visionen, die Leitprojekte des Plan B

- eine dezentralen Energieversorgung,
- eine ressourcenschonenden intelligenten Industrie, die ihr in euren Regionen natürlich ganz besonders ansiedelt wollt, weil sie die Arbeitsplätze von morgen sichern,
- dass ihr den ÖPNV und
- die Entwicklung vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

um einiges konkreter diskutiert, als es im Plan B bisher entwickelt wurde.

Warum Plan B? Das war die Eingangsfrage.

Lasst mich noch eine einfache Antwort geben:

Wir müssen Politikangebote unterbreiten, die uns - neben den notwendigen Abwehrkämpfen – auch als Politikerinnen und Politiker für Zukunftsfragen ausweisen. Wir brauchen die Vision und Vorschläge wie wir sie realpolitisch umsetzen.



Unsere Zukunft erwächst schließlich daraus, wie wir in den heutigen politischen Kämpfen bestehen und was wir dabei für eine bessere Gesellschaft eigentlich tun können.

Deshalb will ich Euch abschließend meine ganz persönliche politische Motivation vorstellen, die mich überzeugt hat, sich für den Plan B zu engagieren:

Als Fraktionsvize habe ich die strategische Verantwortung für das Themenfeld sozial-ökologischer Umbau übernommen.

Ich bin weder Verkehrspolitikerin, noch Energieexpertin, von Agrarfragen hab ich eher sparsam Ahnung. Meine Erfahrungen kommen aus der Gesundheits- und Sozialpolitik und liegen u. a. in einem feministischem Ansatz innerhalb linker Politik. Und so einiges habe daher auch am Plan B zu kritisieren und zu verbessern.

Doch wo liegen die Stärken des Plan B?

Einleitend ist im Umbauprojekt formuliert

**„Ein rasanter Wandel der Arbeitswelt und der Lebensweisen ist nur in einem Klima sozialer Integration, geschlechtergerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar.“**

Es geht darum, ein Menschen- und Gesellschaftsbild zu entwerfen und politikfähig zu machen, in dem die Frage nach einer solaren Energiegewinnung genauso wichtig ist, wie die Frage, wie wir die Kinderbetreuung und Pflege organisieren.

Eine weitere wichtige Erkenntnis, die ich aus den Veranstaltungen und unserer Plan B Konferenz ziehe, ist, dass die Frage „Wie kann dieser Wandel angstfrei gestaltet werden?“ bei den meisten Interessierten oben auf liegt. Und dazu möchte ich euch eine persönliche Meinung sagen – sie ist weder vom Projekt B Team und auch nicht in unserer Fraktion diskutiert. Mit der Forderung „Hartz 4 muss weg“ kommen wir in keiner Weise weiter,

wenn es um den notwendigen sozial-ökologischen Umbau und der Möglichkeit einer angstfreien Beteiligung aller geht. Und, ich finde, es tut uns gut, wenn wir nun von den Teilnehmer\_innen unserer Veranstaltungen dazu gebracht werden, ein Diskusstabu zu Themen wie dem bedingungslosen Grundeinkommen und zu Forderungen nach radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit aufzugeben und neue Antworten zu finden.

Kurzum: freue ich mich, dass ihr aus kommunalpolitischer Perspektive und Erfahrung heute den Plan B weiter diskutiert, Leerstellen aufdecken werdet und die ganz konkreten Konfliktfelder austauscht, die wir bei der weiteren Politikentwicklung – auch aus bundespolitischer Perspektive – unbedingt beachten müssen.

Wir haben uns natürlich vorgenommen, nicht beim Debattenpapier und den Konferenzergebnissen stehen zu bleiben. Wir wollen parlamentarisch initiativ werden und auch Schwerpunkte für unseren Bundestagswahlkampf mit dem gesamten Themenfeld des sozial-ökologischen Umbaus setzen.

Merkels und Altmaiers abenteuerliche Zickzackkurse bei der Energiewende sollten uns nicht nur entrüsten. Denn überzeugen können wir nur mit dem besseren politischen Vorschlag, der klar und verständlich in der Öffentlichkeit zur Diskussion steht.

Dabei zähle ich auch auf Euch.

Wir sind – und damit komme ich zum Schluss – einen ersten Schritt über die bisherige Plan B Debatte hinausgegangen. Mitte Oktober haben wir

einen 7-Punkte-Katalog<sup>1</sup> unter dem Titel – Die soziale Energiewende – vorgelegt.

Sicher, Bundespolitik ist nicht im gleichen Maße in die politischen Auseinandersetzungen vor Ort einbezogen.

Doch unser Katalog setzt bei elementaren Erfahrungen an.

Das beginnt bei steigenden Energiepreisen bis zur unerträglichen Erfahrung von Stromsperren.

Auch haben wir die Konflikte zwischen Gebäudesanierung und Mietpreisentwicklung ernst genommen.

Wir sind mit dem Plan B angetreten, um zu zeigen, dass es politische Konzepte geben kann, in denen soziale Fragen nicht gegen ökologische Herausforderungen ausgespielt werden, in denen das gute Leben für alle ernst genommen wird und auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gesetzt wird.

---

<sup>1</sup> Aus dem Flugblatt der Fraktion: **1 Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung beenden:** Um rund zwei Cent könnte der Strompreis niedriger liegen, gäbe es eine funktionierende Aufsicht und Regulierung des Endkundengeschäfts beim Strom. Die Bundesregierung muss ein Konzept für eine effektive, staatliche Aufsicht erarbeiten und dieser einen Beirat mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zur Seite zu stellen.

**2 Unberechtigte Industrie-Rabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen:** Die Kosten der Energiewende dürfen nicht länger einseitig bei privaten Haushalten und kleinen Unternehmen abgeladen werden. An der Finanzierung muss sich künftig auch die energieintensive Industrie beteiligen. Würden die großen Stromverbraucher an den Energiewendekosten angemessen beteiligt, könnte der Strompreis sinken.

**3 Stromsteuer senken:** Der Anstieg der so genannten Ökostrom-Umlage auf 5,3 Cent je Kilowattstunde darf nicht zu einer weiteren Strompreiserhöhung führen. Darum soll die Stromsteuer für private Verbraucherinnen und Verbraucher von gegenwärtig 2,05 auf 0,5 Cent je kWh abgesenkt werden.

**4 Der Sockeltarif für Strom - Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen:** Jeder Energieversorger wird dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Der Strom oberhalb des Grundkontingent würde entsprechend teurer. Haushalte mit geringem und mittlerem Stromverbrauch würden entlastet, Vielverbraucher belastet.

**5 Stromsperren beenden:** Das Sperren der Stromversorgung bei privaten Haushalten aufgrund von Zahlungsunfähigkeit muss ein Ende haben. Denn die Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

**6 Abwrackprämie für Stromfresser:** Alte Elektrogeräte sind meist wahre Energieschleudern. Sie erhöhen die Stromrechnung und belasten das Klima. Besonders energieeffiziente Neugeräte sind jedoch im Anschaffungspreis teurer als solche mit höherem Stromverbrauch. Jeder Haushalt soll daher einen Zuschuss von 200 Euro bei der Neuanschaffung eines Strom sparenden Haushaltsgeräts erhalten.

**7 Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Vertreibung:** Die Heizkosteneinsparungen werden in vielen Fällen niedriger sein, als die umgelegten Kosten der Investition. Dennoch muss saniert werden, denn der Gebäudebereich verbraucht in Deutschland rund 40 Prozent aller Endenergie. Um soziale Härten zu vermeiden, muss die Bundesregierung die Mittel für die energetische Gebäudesanierung von gegenwärtig rund 1,5 Milliarden auf etwa fünf Milliarden Euro im Jahr aufstocken.

Cornelia Möhring – Warum brauchen wir einen Plan B?  
Konferenz „Für links im Amt“, 3. November 2012

Diesen Dreiklang praktisch durchzubuchstabieren, dafür brauchen wir Eure politischen Erfahrungen und Eure Ideen.

Wir wollen Euch mit dem Plan B, wenn man so will,  
Euch den Rücken stärken.

Im Gegenzug, könnt ihr uns dafür den Pelz ruhig nass machen.

Ich freue mich auf unseren gemeinsamen Dialog. Denn für einen guten gemeinsamen Wahlkampf 2013 können wir das alle gebrauchen.

Danke.